

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gerzdorf, Germsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Ritschheim, Ruffschappel, Wilfenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleiße, Ruffdorf, St. Egidien, Glittengrund u. s. w.

erschient jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das 1. Jahrgang Nr. 155, durch die Post bezogen Nr. 1.92 frei ins Haus.

Kernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch besördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 187.

Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31.

Sonntag, den 13. August 1911

Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

61. Jahrg.

Auf Blatt 339 des hiesigen Handelsregisters für die Stadt, die Firma **Sächsische Drahtbürstenfabrik Schmidt & Pfeil in Hohenstein-Ernstthal** betreffend, ist heute eingetragen worden, daß die dem Kaufmann Ernst Arno Fischer in Gemmitz und dem Kaufmann Paul Gerhard Schimmel in Oberfrohna erteilte Procura erloschen, der Kaufmann Curt Eugen Klich als Inhaber ausgeschieden und der Kaufmann Paul Gerhard Schimmel in Hohenstein-Ernstthal Inhaber ist.

Hohenstein-Ernstthal, am 11. August 1911. Königlich-Amtsgericht.

In den Grundsteuerbüchern ist eine Verlautbarung der am 1. August 1909 nach Hohenstein-Ernstthal einbezirkten Oberlungwitzer Grundstücke noch nicht erfolgt. Die Grundsteuer für die umbezirkteten Grundstücke ist darum bis auf weiteres noch in Oberlungwitz zu entrichten.

Zur Bequemlichkeit der betr. Steuerzahler soll der **am 1. d. M.** fällige Termin

Montag, den 14. August 1911,

von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags im Logenhause eingenommen werden. Eine Abholung der Steuer erfolgt nicht.

Alle verbleibenden Reste werden zwangsweise eingetrieben werden.

Hohenstein-Ernstthal und Oberlungwitz, am 2. August 1911. Der Stadtrat. Der Gemeindevorstand.

- Zur Erwerbung des **Bürgerrechts** sind **berechtigt** alle Gemeindeglieder, die
1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,
 2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben,
 3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen, noch im Laufe der letzten 2 Jahre bezogen haben,
 4. unbescholten sind,
 5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mark entrichten,
 6. auf die letzten 2 Jahre ihre Staatssteuer und Gemeindeabgaben, Armen- und Schulanlagen am Orte ihres bisherigen Aufenthaltes vollständig berichtigt haben,
 7. entweder

- a. im Gemeindebezirke ansässig sind oder
- b. daselbst seit wenigstens 2 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben oder
- c. in einer anderen Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Aufgabe ihres bisherigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren.

Dagegen sind zum Erwerbe des Bürgerrechts **verpflichtet** diejenigen zur Bürgerrechts-erwerbung berechtigten Gemeindeglieder, die

- a. männlichen Geschlechts sind,
- b. seit 3 Jahren im Gemeindebezirke ihren wesentlichen Wohnsitz haben und
- c. mindestens 9 Mark an direkten Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.

Wir fordern alle zur Erwerbung des Bürgerrechts verpflichteten Einwohner hiermit auf, sich unter Vorlegung ihrer Ausweis-papiere, namentlich der Steuerquittungen, nach Befinden eines Staatsangehörigkeitsausweises oder, sofern sie schon anderwärts das Bürgerrecht erworben hatten, des Bürger-scheines

bis zum 31. August 1911

im Rathause, Zimmer Nr. 11, zu melden. Bis zum gleichen Tage wollen die zur Erwerbung Berechtigten, die aufgenommen sein möchten, ihre Meldung bewirken.

Hohenstein-Ernstthal, am 29. Juli 1911. Der Stadtrat.

Auß- u. Brennholz-Versteigerungen auf Oberwaldenburger Revier.

Im Hotel „Drei Schwanen“ in Hohenstein-Ernstthal.

Donnerstag, den 17. August 1911,

von Vorm. 9 Uhr ab

3 L.-Stämme 10/15 cm, 27 Stk. 16 22 cm, 10 Stk. 23 29 cm, 1 Stk. 30 36 cm, 2532 N.-Stämme 10 15 cm, 264 Stk. 16 22 cm, 32 Stk. 23 29 cm, 6 Stk. 30 36 cm Mittelförde und 3 L.-Röhler 8 15 cm, 2 Stk. 16 22 cm, 1 Stk. 23 29 cm, 1 Stk. 44 50 cm, 1 Stk. 55 cm, 1754 Stk. N.-Röhler 8 15 cm, 16 Stk. 16 22 cm, 1 Stk. 23 29 cm Oberförde, sowie 210 Stk. N.-Stangen 3,4 cm, 200 Stk. 5/6 cm, 255 Stk. 7/9 cm, 125 Stk. 10,12 cm, 20 Stk. 13/15 cm Unterförde, und

Montag, den 21. August 1911,

von Vorm. 9 Uhr ab

12 Km. L- und N.-Brennweite, 133 Km. L- und N.-Brennrollen, 1089 Km. L- und N.-Brennäste und 600 Wäpft. N.-Reißig, aufbereitet in den Abt. 1-8, 15, 16, 19-27, 33-45, 51-58, 61 und 63 unter den üblichen Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Fürstlich Schönburgische Forstverwaltung Oberwaldenburg.

Freibank: Montag gefochtes Rindfleisch 51. 35 Pf.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Kaiser nahm gestern auf dem Großen Sand bei Mainz eine Truppenparade ab und zog dann an der Spitze der Fahnenabteilung mit dem Großherzog von Hessen in Mainz ein. Während des Einzugs erschien das aus West kommene Luftschiff „Puffball 1“ über der Stadt.

Die Deutschen der Provinz Puebla fordern die Entsendung eines Kriegsschiffes in die merikanische Gewässer.

Im belgischen Kongogebiet sind erste Unruhen ausgebrochen.

In Warschau sind am Freitag 84 Cholerafälle festgestellt worden. In Pest sterben täglich etwa 50 Cholerafranke.

Ein gewaltiger Brand hat in Antwerpen ein Baumwoll- und Salpeterlager zerstört.

Das Unterhaus hat mit 256 gegen 158 Stimmen die Entschädigung angenommen, daß den Mitgliedern des Unterhauses 400 Pfund jährlich ausbezahlt werden sollen.

Der Londoner Hafenstreik ist in bezug auf die Fuhreute beigelegt. Mit den anderen Transportarbeitergruppen hofft man in den nächsten 24 Stunden zu einer Einigung zu gelangen. Der durch den Streik verursachte Schaden wird auf täglich 10-40 Millionen Mark geschätzt.

Sultan Mulay Hafid ist von einem schweren typhösen Fieber befallen worden.

General Veconte, der Diktator Haitis, ist erkrankt. Seine Gefolgschaft scheint beunruhigt, weil sich starke Opposition in der Volksvertretung zeigt.

*) Näheres siehe weiter unten.

Das Ende des englischen Verfassungskampfes.

Mit 181 gegen 114 Stimmen, also mit 17 Stimmen Mehrheit hat das Oberhaus die Veto-Bill in der Fassung des Unterhauses passieren lassen. Die Amendements der unionistischen Peers aus der ersten Lesung wurden nicht festgehalten. Die Peers haben bis zum letzten Augenblick gekämpft, aber ihre Niederlage war schon lange besiegelt. Sie hatten die Gewißheit gewonnen, daß jeder weitere Widerstand, jede Verlängerung der Krise auf ein neues Jahr doch vergebens sein würde, da die Regierung im Einverständnis mit dem König den festen Willen trug, den Kampf auch dann zum Siege der liberalen Mehrheit des Unterhauses zu Ende zu bringen, und zwar durch brutale Gewalt. 500 neue Peers sollten aus dem Boden gestampft werden. Unterhändler der Liberalen reisten schon jetzt eine Zeilang durch das Königreich und boten die

Peerswürde gegen ein Butterbrot aus, gegen ein „Ja“ für die Veto-Bill. Mancher Ehrgeiz und viel edler Hoffnungsstimmer ist nun doch enttäuscht worden. Es ist nichts geworden aus der Beförderung. Die ehrgeizigen Damen vieler ehrgeizigen Ehegatten werden insbesondere darob aufs Schmerzlichste enttäuscht sein. Die Peerskrone und der Permeliummantel, die schon in greifbarer Nähe schwebten, zerrannen in der Luft. Das Adelsgeschlecht der eingesehnen Oberhäuler hat die „Retterhaltung“ der Oberhausalmospäre mit selbstgeschaffener Niederlage bezahlt.

Sie gingen hinaus aus dem Saale und standen draußen in den Wandelgängen, die Selbstmörder, als drinnen im Saale 114 Unentwegte der Thron sich von einer vorher genau berechneten Mehrheit von 17 Stimmen besetzen ließen. „Comerul“ murmelten die draußen im Gang. Sondern heißt das Schlachtfeld der nächsten Kämpfe.

Den irischen Nationalisten ist Asquith die Bezahlung schuldig für den Sieg, zu dem sie im Unterhause verholten haben. Das ist die Achillesferse des freireichen Premierministers. Das Oberhaus hat seine unionistische Mehrheit gerettet, um ihn hier treffen zu können, wenn der Zeitpunkt kommt.

Und so ist die langjährige Krise zwar beendet. Aber etwas wie ein Pyrrhusstieg bleibt es doch. Das Abbröckeln der liberalen Mehrheit bei den letzten Wahlen ist nun eine Zeitlang aufgehoben. Mit einem Schlag war sie nicht zu zerbrechen. Aber Balfour weiß, warum er seine Führerrolle um den Preis einer Niederlage behauptet hat. Die Resignation ist keine Ergebung, sondern die Ankündigung neuer, entscheidender Kämpfe, die um Sondern eine ungleich schwerere Verfassungskrise zum Ausbruch bringen werden und vielleicht schon bei den nächsten Wahlen die Regierung zur Opposition und die Opposition zur Regierung machen.

Die Schlußsitzung des Oberhauses hat einen ungemein dramatischen Verlauf angenommen. Der Lordpräsident im Geheimen Rate, Morley, hatte in Erwiderung der Anfrage Lansdownes die Erklärung abgegeben: „Wenn die Parlamentsbill heute abend fallen sollte, wird der König einwilligen, so viele Peers zu ernennen, daß ihre Zahl hinreicht, um jeder möglichen Kombination der Oppositionspartien zu begegnen, durch die die Parlamentsbill zum zweiten Male einer Niederlage ausgesetzt werden könnte. Jede Stimme, die gegen den Vorschlag abgegeben wird, daß die Lords auf den Amendements bestehen, wird zugunsten einer ausgedehnten, beschleunigten Ernennung von Peers abgegeben.“ Im Verlaufe der Verhandlungen wuchs die Erregung und die Anschauung wurde laut, man müsse der Ankündigung Morleys gegenüber sich verhalten wie der Feld, der stirbt, aber sich nicht ergibt.

Nach dem leidenschaftlichen Appell der Vertreter der beiden in der Opposition herrschenden Anschauungen schritt das Haus zur Abstimmung

über die Frage, ob das Oberhaus auf den Amendements Lansdownes beharren solle oder nicht. Das war die kritische Frage, und wenn der Antrag Morley, das Haus solle auf den Amendements nicht bestehen, verworfen worden wäre, wäre die Parlamentsbill gefallen, und das Land hätte sich gegenüber einer neuen Krise befunden. Das Ergebnis der Abstimmung war lange zweifelhaft; allmählich wurde es jedoch klar, daß die Regierung gewonnen hatte, obwohl Balfours Anhänger viel zahlreicher waren, als man erwartet hatte. Aber auch die Regierung fand unerwartete Unterstützung. Mehrere Bischöfe und eine Anzahl unionistische Peers stimmten mit der Regierung. Unter anderen erklärte der Erzbischof von Canterbury, daß er ursprünglich die Absicht gehabt habe, sich der Abstimmung zu enthalten. Die Gleichmütigkeit jedoch, mit der einige Peers die Ernennung von 500 Peers betrachteten, die das Haus und England zum Gespött der ganzen Welt machen würden, veranlaßte ihn, die Anträge der Regierung zu ertragen. In der ersten Stunde erklärte sich auch Lord Rosebery bereit, die Regierung zu unterstützen. Darauf begann die Abstimmung.

In und vor den Wandelgängen drängten sich dornel die Menschen und begrüßten Salbans und Morley laut, als diese hinausgingen. Lord Lansdowne und seine Anhänger verließen nach der Abstimmung den Saal, um ihr Ergebnis draußen abzuwarten. Als die Abstimmungsziffern verkindelt wurden, brachen die liberalen Peers in Schreie aus, während einige unionistische Peers zischen. Viele liberale Mitglieder des Unterhauses eilten rasch aus dem Oberhaus ins Unterhaus zurück, um diesem die gute Nachricht zu überbringen. Die Ministerellen erhoben sich von ihren Plätzen und brachten Hochrufe aus. Die Krisis war beendet.

Aus dem Reiche

Das Schweigen über Marokko.

Es ist still geworden. Gestern konnte man in Deutschland und außerhalb zahlreiche maßgebende Blätter lesen und fand nicht ein Sterbenswörtchen über die doch ohne Frage wichtigste politische Gegenwart der Gegenwart. Die Rubrik „Marokko“ ist von den Regierenden buchstäblich „ausgehungert“ worden. Ein starrs Schweigen herrscht über die letzten Konferenzen der Minister in Berlin. Auch aus den Ressorts, die sich der angenehmen Mühe unterziehen müssen, Gutachten abzugeben über Wert und Unwert der behandelten Punkte und Objekte, dringt kein Tröpflein Schweiß in die Öffentlichkeit. In London beginnt wegen des Generalkonferenzen der Doktorarbeiten den Zeitungen das Papier auszugehen. Es lagert weiß und unschuldsvoll und ohne Sünde in den Docks. Aber Papier macht im Jahre 1910 wieder bedeuten de ist gebildet. Es läßt sich sogar gefallen, daß man Fortschritte.

es nicht bedrückt. Unter den obwaltenden Marokko-Umständen ist das kein Schade. Vielmehr ein Segen für die Menschheit. Wir können es mit Fassung ertragen, auch einmal nicht Londoner Meinung und Zensur zu lesen. Wir vermessen sie ganz im Gegenteil durchaus nicht. Der große Plan schläft immer noch in sommerlicher Hitze. Und nur in verhängten Diplomatenkammern, über tintenbedeckte grüne Tische schreitet unser Schicksal auf verschlafenen Soflen. Ueberdies hat das französische Ministerium des Auswärtigen die Presse wissen lassen, daß keinerlei Mitteilung über die am Mittwoch abgehaltene Besprechung Ribierens und Cambons gemacht werden würde.

Nur eine Nachricht bringt aus dem Lande selbst, um das die Diplomaten handeln, in die Welt. Mulay Hafid ist wirklich krank. Zwar nicht geisteskrank, aber von typhösen Fieber schwer befallen. Wie wird er sein Land finden, wenn er gesundet? Keiner weiß es. Er am wenigsten. Und wenn er nicht wieder aufsteht, was wird dann sein? Was wird aus Marokko, wenn es zu allem übrigen seinen „Gerrichter“ verlieren sollte? Uns schaudert.

Die englische Spionage an der deutschen Küste.

Es ist nunmehr gelungen, den Namen des in Bremen verhafteten englischen Spions zweifelsfrei festzustellen. Er ist der Londoner Rechtsanwalt Bertrand Stewart. Die Akten liegen zurzeit beim Oberreichsanwalt in Leipzig.

Stewart hat bereits ein Geständnis dahin abgegeben, daß er mit anderen in Deutschland tätigen Engländern gemeinsam die Auskundschaftung der deutschen Kriegsbereitschaft an der Nordsee betrieben habe.

Reinliche Auseinandersetzungen in der freikonservativen Partei

beschäftigen seit einigen Tagen die Öffentlichkeit. Sie knüpfen an einen überkritischen Marokko-Artikel der „Post“, des seitberigen Hauptorgans der Partei, und die scharfe Zurückweisung dieses Aufsatzes durch die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ an. Der Vorsitzende der Freikonservativen im Reichstag, Fürst Haffelbdt, und der Fraktionsführer Brunstermann haben sich öffentlich gegen die „Post“ erklärt und weitere Maßnahmen des Blattes für den Herbst in Aussicht gestellt. Dieses scheint aber einflußreiche Parteiführer auf seiner Seite zu haben und den angekündigten Maßnahmen mit Ruhe entgegenzusehen zu können. Man darf also wohl mit tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten in der freikonservativen Partei rechnen, die ev. bald zum Austrag kommen werden.

Die Polonisierung der Industrie-provinzen

durch Einwanderung polnischer industrieller Arbeiter durch Einwanderung polnischer industrieller Arbeiter im Jahre 1910 wieder bedeuten de Das Anwachsen der Polen 188-